

SIEBZEHN JAHR, BLONDES HAAR

Liebe Leserinnen und Leser,

meinen PP-Newsletter habe ich in zwei Teile aufgespalten, die getrennt versendet werden. In einen „allgemeinen“ (Teil A) und in einen Börsenteil (Teil B), der sich an Anleger richtet. Beide Teile werden aus technischen Gründen im wöchentlichen Wechsel versendet werden, um ein zu hohes Mailaufkommen zu verhindern. Heute ist wieder Teil A an der Reihe.

„Siebzehn Jahr, blondes Haar“ war eines der bekanntesten Lieder der österreichischen Sängers Udo Jürgens aus dem Jahr 1965. Dem Text zufolge hatte sich der Barde im Großstadtgetriebe in eine siebzehnjährige Blondine verguckt.

Anders als in der heutigen, porno-verseuchten Welt war man damals noch recht prüde. Aber absolut niemand wäre auf die absurde Idee gekommen, dem Udo wegen dieses Textes ans Bein zu pinkeln.

Das vielleicht Bemerkenswerteste an den heutigen Zeiten hingegen ist, dass es den Kabarettisten zunehmend schwerer fällt, noch Pointen zu ersinnen, die über den ganz normalen Alltagswahnsinn hinausgehen.

Man nehme zum Beispiel die Landtagswahl in Baden-Württemberg, bei der Cem Özdemir das Kunststück gelungen zu sein scheint, seinen um Längen vorne liegenden CDU-Kontrahenten bis zum Wahltermin in einer regelrechten Tour de Force einzuholen und auf den letzten Metern dann auch noch zu bezwingen.

„Zufälligerweise“ fiel dem CDU-Mann rechtzeitig vor dem Urnengang von grüner Seite ein acht Jahre altes Zitat auf die Füße. Nach dem Besuch einer Realschule hatte Herr Hagel damals recht angetan von einer Eva berichtet, „braunes Haar und rehbraune Augen“.

Daraus nun pünktlich zum Wahltermin etwas zu stricken, das ganz subtil in Richtung pädophiler Neigungen des Gegenkandidaten von Cem Özdemir hindeutet, das hat schon mehr als ein G'schmäcke. Vor allem wenn es ausgerechnet von den Grünen kommt, in deren Vergangenheit das Thema Pädophilie tatsächlich einmal eine prominente Rolle spielte - man denke nur an den ehemaligen Europa-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit - das ist schon ein starkes Stück.

Aber glaubt man den Auszählungen vom letzten Sonntag, hat die Schmutzkampagne wohl ins Schwarze getroffen. Und das Klima zwischen den beiden im Landtag nun zahlenmäßig gleichauf vertretenen Parlamentariern von Grünen und CDU dermaßen vergiftet, dass eine Koalition so gut wie sicher keine Liebesheirat werden wird. Noch verrückter aber:

Baden-Württemberg ist ganz oder teilweise Standort vieler Automobilhersteller bzw. deren Zulieferer. Wie z. B. Daimler, Porsche, Bosch, Schaeffler, Leoni, Elring Klinger, Continental etc.

Was es in der deutschen Automobilindustrie geschlagen hat, das wissen Sie genauso gut wie ich. Es kracht ganz gewaltig im Gebälk. Bei VW, Mercedes, Porsche, Daimler Truck. Massenentlassungen stehen vor der Tür.

Welche Partei im Lande aber verteufelt die Verbrenner- bzw. die private Nutzung von Automobilen insgesamt? Wir wissen es.

Und trotzdem sollen im Automobil-Hotspot „The Länd“ die Grünen die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, während Zehntausende von Arbeitsplätzen im Feuer stehen? Auszuschließen ist das nicht. Denn heute ist rein gar nichts mehr auszuschließen. Damit gleich zur nächsten Pointe, die sich vermutlich selbst die KI nicht ausdenken könnte:

Bei Volkswagen hat sich der Gewinn im vergangenen Jahr nahezu halbiert, bis 2030 plant der Konzern einen Abbau von 50.000 Stellen. So gut wie gar nicht zu einem positiven Ergebnis beigetragen hat die Sportwagen-Tochter Porsche, deren Gewinn im Jahresvergleich um sage und schreibe 93 Prozent zusammenbrach. What a shame!

<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/porsche-in-der-krise-warum-jpmorgan-hoffnung-fuer-anleger-hat/>

Das Nein der Käufer

Mit verantwortlich für den extremen Gewinneinbruch des deutschen Sportwagenherstellers war die Umstellung der Motoren auf „elektrisch“. Ein Porsche mit Elektromotor, so sahen es die meisten potentiellen Käufer, ist in etwa so sexy wie eine Burka tragende Eva, „braunes Haar und rehbraune Augen“. Und welchen Schluss zog die Zuffenhausener Automobilschmiede daraus?

Den einzig richtigen: Man plant die Rückkehr zum röhrenden, die Insassen zum Vibrieren bringenden Verbrenner, zumindest teilweise. „Marktrealitäten und Kundenbedürfnisse“ sollen wieder stärker in den Fokus genommen werden. Hört, hört!

Interessanter aber ist die Frage, welche Schlussfolgerung Porsches Mutterkonzern Volkswagen daraus zieht, abgesehen einmal vom bereits erwähnten Abbau von 50.0000 Jobs bis 2030. Die verblüffende Antwort: <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/radikaler-neustart-bei-vw-das-ende-des-golf-wie-wir-ihn-kennen/ar-AA1XUVwA> (Link bitte kopieren und in Ihren Browser einfügen). Das heißt:

Der Vorstand von Volkswagen, dem der Elektro-Frust der Käufer bei der Tochter Porsche gerade brutal ins Gesicht bläst, beschließt, sein von Legenden umwobenes Flaggschiff „Golf“ bald ausschließlich mit Elektromotoren in die Showrooms zu stellen. Dazu fällt zumindest mir nichts mehr ein. Porsche ist knapp der Pleite entkommen und der Mutterkonzern wiederholt die dort zuvor getroffene, fatale Weichenstellung!

Deutschland 2026

In einem Land, in dem man als Frau eine GEZ-Abgabe zu berappen hat, nur weil man ein nicht benutztes, empfangsbereites TV-Gerät sein eigen nennt, als Kinderlose aber kein Kindergeld erhält, obwohl man ein empfangsbereites Gerät zur Verfügung hat, in dem man als junger Mann bei einer Staatslotterie vielleicht schon bald als Hauptpreis die Einziehung zum Kriegsdienst gewinnen kann und in dem die allermeisten Zeitgenossen nicht den Hauch eines Gedankens daran verschwenden, ob denn all das noch wirklich „normal“ ist, geht es tatsächlich noch viel verrückter.

Das glauben Sie nicht? Dann lesen Sie einmal das hier:

<https://report24.news/fahrtenbuch-fuer-sackkarre-deutsche-landwirtin-verzweifelt-an-irrsinns-buerokratie/>

So etwas kann es wahrlich nur in Deutschland geben, früher das Land der Dichter und Denker, heute das Land der Bürokraten, Naturgesetz- und Wirklichkeitsallergiker, in dem sich Ihr Haustier - wenn es so weitergeht - in ein paar Jahren aussuchen kann, ob es denn nun Hund oder Katze sein will. Was ja zumindest steuerlich nicht uninteressant ist.

60 Prozent der Abschiebungen aus Deutschland, auch das ist der aktuelle Stand der Dinge, scheitern derzeit, weil die betroffene Klientel rechtzeitig einen kleinen Ortswechsel vollzogen hat, vor oder im Flieger dermaßen randaliert, dass der Pilot eine Beförderung ablehnt oder halt sonstwie so über die Stränge schlägt, dass „der wehrhafte Rechtsstaat“, der gerne gegen jeden vorgeht, der unseren Bundeskanzler als Pinocchio betitelt, butterweiche Knie bekommt.

„Gekommen, um zu bleiben.“, lautet die Devise. Und die wird beinhart durchgesetzt. Gegen einen Staat, der rot-grüne Kniefälle vor der politischen Korrektheit vollführt und zum Aufhübschen der Statistik allzu oft Menschen abschiebt, die hier bestens integriert sind und niemandem zur Last fallen. Jeder von uns kennt diese Fälle.

Erst vorgestern veröffentlichte Deutschlands Zeitung mit den großen Buchstaben eine aktuelle Studie des „Motra-Monitors“, derzufolge sich knapp die Hälfte aller in Deutschland lebenden unter 40-jährigen Muslime zum Islamismus hingezogen fühlen und die Scharia über das Grundgesetz stellen.

<https://www.bild.de/politik/inland/motra-monitor-entsetzen-ueber-neue-islamismus-studie-69b291d3e-e2a063baa583ca2> (Link bitte kopieren und in Ihren Browser einfügen).

Sie wissen: Im Gegensatz zu reproduktionsfähigen Deutschen, deren Geburtenrate dank des Wokeismus in den kommenden Jahren unter 1 fallen dürfte, erfreuen sich unsere Zuwanderer hoher Fertilitätsraten. Und ganz gleich, wie Sie's mit PEGIDA halten oder nicht: Deutschland ist drauf und dran, islamisiert zu werden. Aber erst nach England und Frankreich. Friedlich wird das in Anbetracht der oben erwähnten, zunehmenden Zuneigung junger Muslime für den Islamismus wohl kaum ablaufen. Aber:

Während hierzulande immer noch aus allen Rohren gegen die „Islamophobie“ geschossen und die tolerante Religionsfreiheit betont wird, hat - man höre und staune - das EU-Parlament im Januar eine Resolution verabschiedet, in der erstmals der Begriff „Christianophobia“ verwendet wurde.

<https://uncutnews.ch/das-eu-parlament-hat-gerade-christenfeindlichkeit-anerkannt/>

Ich zitiere: „Während das Christentum weiterhin die am stärksten verfolgte Religion der Welt ist, mit mehr als 380 Millionen betroffenen Menschen, gibt es keinen europäischen Koordinator zur Bekämpfung von Christenfeindlichkeit, obwohl ein Koordinator zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit ernannt wurde“, heißt es in der EU-Resolution. Ja, so sieht es leider aus!

Politische Initiativen, all die in diesem Absatz skizzierten Entwicklungen zu korrigieren und ihre Trendwenden herbeizuführen, erkenne ich nicht. Zumindest nicht diesseits der (noch) omnipräsenten Brandmauer.

Vernichtet, klassifiziert, geschwärzt

1963 fiel in Dallas der noch junge Präsident John F. Kennedy einem Attentat zum Opfer. Wirklich zielführende Untersuchungsberichte sind bis heute „klassifiziert“, unterliegen also der Geheimhaltung. Wie lange, das ist unklar.

- Nine-Eleven: same procedure
- Abschuss MH17 im Jahr 2014: same procedure
- „Döner-Morde“: Schreddern wichtiger Unterlagen durch den Verfassungsschutz
- Covid-19: Löschung entscheidender E-Mails durch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
- Covid-19: Schwärzung maßgeblicher Passagen in den RKI-Files
- Epstein: Schwärzung der wichtigsten Passagen in den Unterlagen

Angesichts dieser Entwicklungen scheint bei einigen Menschen das Vertrauen in den Staat zu steigen. Bei anderen hingegen ganz und gar nicht.

Nach wie vor hoch hält sich die Spezies belehrungsresistenter „Impf“-fanatiker, die ungeachtet aller längst überwältigenden Gegenbeweise immer noch glauben (wollen), dass sie mit ihren RMNA-Spritzen auf der richtigen Seite des Lebens gestanden waren, sich und andere geschützt und die Ausbreitung einer menschenbedrohenden „Pandemie“ verhindert hätten. Sie wissen, was ich schon Anfang 2020 dazu schrieb!

Heute aber möchte ich die Plandemie noch einmal aus einem ganz anderen Blickwinkel beleuchten. Aus dem unserer Bayerischen Staatskanzlei, Fassung vom **24.05.2019**:

https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayHG2019_2020-2a

Art. 2a Kreditermächtigung zur Finanzierung von Kapitel 13 19 – Sonderfonds Corona-Pandemie

(1) ¹Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Kapitel 13 19 (Sonderfonds Corona-Pandemie) und den dort auszugleichenden Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 2020 Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 20 000 000 000 € aufzunehmen. ²Die Kreditermächtigung kann übertragen werden, soweit diese Kreditmittel bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2020 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

Das war acht Monate vor den ersten „Corona“-Fällen in China!

Bei wem es jetzt immer noch nicht klingelt, dem ist nicht partout mehr zu helfen!

Mit frühsummerlichen Grüßen!



Axel Retz

„Moses schleppte uns 40 Jahre durch die Wüste, um uns an den einzigen Ort im Nahen Osten zu bringen, an dem es kein Öl gibt.“

Golda Meir (1898 - 1978), israelische Politikerin und Ministerpräsidentin

„Ich bewundere Picasso. Keiner hat sein Öl so teuer verkauft wie er.“

Salvador Dali (1904 - 1989), spanischer Maler

Impressum: private profits newsletter (c) 2026. Verantwortlich für den Inhalt: Axel Retz (V.i.S.d.P.)
Kontaktadresse Redaktion

Axel Retz Am Goldhügel 44 95517 Seybothenreuth
Tel.: +49 (0) 9275 914 756
eMail: pp@axel-retz.de / www.private-profits.de

Warnung: Dieser Newsletter enthält eigene Meinungen des Verfassers nach Art. 5 des Grundgesetzes. Ihn zu lesen oder weiterzuverbreiten, kann zu einer unerwarteten Erweiterung des eigenen Horizonts oder dem Dritter führen. Ihn nicht zu lesen oder weiterzuverbreiten, wird Sie und Andere von der Bürde befreien, selbst zu denken. Besonders rasch kommen Sie auf diesem Weg voran, wenn Sie jede Ausgabe nicht nur einmal, sondern gleich drei- oder fünfmal nicht lesen. Aber denken Sie daran: Wer in der Demokratie einschläft, wacht in der Diktatur auf!

> Sollten Sie den **private profits-newsletter** nicht mehr beziehen wollen, genügt eine Benachrichtigung an pp@axel-retz.de oder nutzen Sie folgenden Link <http://www.private-profits.de/newsletter.html>